



Wirtschaft unterstützt Sanktionen des Bundesrats gegen Russland

Der Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine wird von economisesuisse scharf verurteilt. Die heute vom Bundesrat verschärften Sanktionen gegen Russland werden unterstützt. Die unmittelbaren Auswirkungen dieser Massnahmen auf die gesamte Schweizer Aussenwirtschaft sind gering.

economisesuisse verurteilt den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine aufs Schärfste. Der eklatante Bruch Russlands mit dem Völkerrecht ist absolut inakzeptabel. Deshalb unterstützt die Schweizer Wirtschaft die Sanktionsmassnahmen der Schweiz. Als neutrales Land beteiligt sich die Schweiz gemäss Embargogesetz an den UNO-Sanktionen. Sie verfügt zudem über die gesetzliche Grundlage, Sanktionen wichtiger Handelspartner wie der EU mitzutragen.

Schweiz verschärft Sanktionen gegen Russland

Der Bundesrat hat heute weitere **Verschärfungen** der Massnahmen gegen Russland beschlossen. Damit stehen die Massnahmen der Schweiz mit denjenigen der EU in Einklang. Die Schweizer Sanktionen beinhalten Exportverbote bestimmter Güter, die Sperrung von Finanzvermögen, Sperrung von fünf russischen Banken bei SWIFT, Einreisesperren für fünf Personen, Sperrung des Schweizer Luftraums für russische Flugzeuge sowie die Aussetzung des Visaabkommens mit Russland. Ebenso wird humanitäre Hilfe an die ukrainische Bevölkerung geleistet. economisesuisse trägt diese verschärften Sanktionen mit.

Schweizer Exportwirtschaft kaum beeinträchtigt

Die unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Massnahmen auf die gesamte Schweizer Exportwirtschaft und den Schweizer Finanzplatz sind gering. Das Handelsvolumen mit Russland beträgt insgesamt 4,7 Milliarden Franken (Exporte und Importe, 2021). Russland ist damit bei den Gütern auf Rang 23 der wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Die Schweizer Güterexporte nach Russland betragen 3,4 Milliarden und die Importe 1,3 Milliarden Franken (2021). Die Schweizer Dienstleistungsexporte nach Russland betragen 2018 2,4 Milliarden und deren Importe aus Russland 0,9 Milliarden Franken.